

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Riesa,
Herausf. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkollektors Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52,
Riesa Nr. 52.

Nr. 150.

Freitag, 29. Juni 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 1 mm hohe Schriftgröße (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Mastseile 100 Gold-Pfennige; mehrzeiliger und tabellarischer Satz 50%, Kufftag, feste Tarife. Demütigter Nachdruck ist nicht gestattet, wenn der Bezugspreis, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konflikt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Das Kabinett der Namen.

Herr Hermann Müller hat es wirklich geschafft. Er hat eine Liste zusammengestellt aus lauter Namen, deren Träger sich wahrhaft und wirklich bereit erklärt haben, in die Liste eingeschrieben zu werden. Man könnte also sagen, daß Herr Hermann Müller ein Kabinett der Namen zusammengestellt hat. Ob aber diese Regierung eine homogene Einheit darstellt, ob sie im Parlament mit dem größten Grade einer Wahrscheinlichkeit auf eine Mehrheit in den ersten Runden rechnen kann, ob die Fraktionen, die trotz des angeblich überparteilichen Charakters des Kabinetts bei seiner Gründung das ausschlaggebende Wort gesprochen haben, ihre Schöpfung jetzt mit einem besonderen Wohlgefallen betrachten — das sind alles Fragen, die sich aus einer objektiven Betrachtung der letzten Wirrnis hinter den Kulissen von selbst beantworten. Die Deutsche Volkspartei ist recht verärgert und behält sich vor, erst nach Bekanntwerden der Regierungserklärung ihre Entscheidung über die Stellungnahme zur Regierung zu fassen. Das Zentrum ist nicht nur verärgert, sondern auch höchst erbittert über das Behalten vieler Hoffnungen und an und für sich berechtigter Wünsche. Zwar hat es seinen Fraktionsvorsitzenden v. Guérard in das Kabinett entsandt, aber dieser Kompromissausweg ist und bleibt nur eine Zentrumsgeißel, die nachweisen will, daß auf dieser Seite die Verantwortung für ein erneutes Scheitern der Regierungsbildung nicht getragen werden kann. Es gibt am heutigen Tage im Reichstag keine Fraktion, sei sie extrem rechts eingestellt oder recht sie sich zu den Mittelpartien oder vertritt sie extremste Linksrichtung, die das neue unter so großen Wehen geborene Kabinett Müller nicht als eine Zwischenlösung ansieht, das in Kürze erst noch stabilisiert werden müsse. Angesichts einer solchen Stimmung im deutschen Reichsparlament versteht es sich von selbst, wie man das „beseitigte“ Kabinett in bezug auf seine Fähigkeit, wertvolle praktische und fördernde Arbeit zu leisten, bewerten muß. Die Regierung Hermann Müllers in ihrer augenblicklichen Zusammenstellung ist eine Zwischenlösung. Dies besagt alles. Lehten Endes die Tatsache, daß die leidige Regierungskrise der letzten Wochen nicht beendet, sondern nur vertagt ist auf eine Zeit, wo sich die Verhältnisse insbesondere innerhalb des Zentrums geklärt haben.

Das kennzeichnendste und charakteristischste Merkmal der Krise der letzten 24 Stunden trägt den Namen Dr. Wirth. Bei der Bewertung dieses Falles sei zunächst festgehalten, daß der Wunsch, einen Wirth wieder im Kabinett zu sehen, weniger aus den Reihen des Zentrums hervorgeht als mehr aus Kreisen, die außerhalb dieser Partei dem ehemaligen Reichskanzler aus der Epoche eines Rathenau nahe stehen. Das zeigte sich recht bald, als die von Wirth auf die Spitze getriebene Prestigeforderung innerhalb der verflochtenen Zimmer der Zentrumsfraktion zur Sprache kam. Das zeigte sich in dem Verhalten Dr. Brauns, das zeigte sich in der Formulierung der beiden letzten Forderungen an Hermann Müller und schließlich auch in dem endgültigen Verzicht des Zentrums auf die Romintierung Wirths und Brauns bei einem gleichzeitigen Verlassen des Fraktionsvorsitzenden v. Guérard im Kabinett. Hermann Müller hat sich bei seiner Ablehnung des Anspruchs Dr. Wirths auf den Vizenzanzlerposten auf eine Abmahnung berufen, die noch vor seiner zweiten Mission von allen in Frage kommenden Fraktionen getroffen wurde und die sich dafür einsetzte, einen Vizenzanzlerposten im neuen Kabinett nicht zu besetzen. Diese Verurteilung auf eine rein formale Angelegenheit dürfte wohl kaum der Hauptgrund der Ablehnung Müllers gewesen sein. Politisch steht Dr. Wirth den Sozialdemokraten recht nahe. Aber der neue Reichskanzler Müller weiß ganz genau die Triebkraft des Wirthschen Übergehens einzuschätzen. Ihm wird daher wohl vor der Initiative eines erbsüchtigen, recht Betrieblosen am Vizenzanzleramt gebangt haben. So fand sich neben dem selbstverständlichen Widerstand Dr. Stresemanns, der Jüdischmeiner im Zentrum selbst, auch der Wunsch Hermann Müllers, was alles zusammen sich zu der Tatsache fügte, daß Dr. Wirth doch noch in die Wüste geschickt wurde.

Glück im Unglück haben die Demokraten. Als nahezu schwächste Fraktion der „ungebundenen“ Koalition entließen sie zwei Männer ins Kabinett: Dietrich-Baden in das Reichsernährungsministerium und Koch-Weser „nach kurzer Bedenkzeit“ in das heilige Justizministerium, das seiner fröhlichen Herzens übernahmen wollte. So liegt nun rein äußerlich perfekt die Regierungsliste auf dem Papier vor. Wird sie ihre erste Belastungsprobe am 3. Juli im Reichstag bestehen können? Die Deutsche Volkspartei behält sich jede Entscheidung vor, das Zentrum ist verärgert. Herr Hermann Müller wird bei der endgültigen Formulierung der Regierungserklärung noch manches beschwichtigende Wort in sein Programm hineinnehmen müssen, wenn er nicht zu den vielen Enttäuschungen der letzten Wochen noch die unangenehme einer recht peinlichen Parlamentsniederlage hinzufügen will.

Dem Reichspräsidenten ein Enkel geboren.

Berlin. (Funkpruch.) Dem Major v. Gindenburg wurde heute Nacht ein Sohn geboren. Der Kleine ist der erste Enkel des Reichspräsidenten, der den Namen Gindenburg trägt.

Das neue Reichskabinett.

Ein „Uebergangskabinett“ bis zum Herbst.

(Berlin, 28. Juni. (Amtlich.) Der Herr Reichspräsident hat den Reichskanzler a. D., Reichsminister a. D. und Abgeordneten Hermann Müller-Franken zum Reichskanzler ernannt. Auf Vorschlag des neuernannten Reichskanzlers hat der Herr Reichspräsident die bisherigen Reichsminister Dr. Stresemann (Auswärtiges), Dr. Curtius (Wirtschaft), Groener (Reichswehr), Dr. Schädel (Reichspost) in ihren Ämtern bestätigt und ferner den preußischen Staatsminister a. D. Abgeordneten Gesering zum Reichsminister des Innern, den Reichsminister a. D. Abgeordneten Dr. Pilsbering zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. Abgeordneten Wiffell zum Reichsarbeitsminister, den badischen Minister a. D. Abgeordneten Dietrich-Baden zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Reichsminister a. D. Abgeordneten Koch-Weser zum Reichsjustizminister und den Geheimen und Ober-Regierungsrat Abg. von Guérard zum Reichsverkehrsminister ernannt; Reichsminister von Guérard ist gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt worden.

Ein provisorisches Kabinett bis zum Herbst.

* Berlin. Wie die Telegraphen-Union zu dem gestrigen Ergebnis der Besprechung Müllers-Franken mit dem Reichspräsidenten erfährt, ist zwischen Zentrum und Sozialdemokraten eine Einigung auf der Basis eines provisorischen Kabinetts bis zum Herbst erzielt worden.

Erste Sitzung des neuen Reichskabinetts.

Berlin. (Funkpruch.) Das neue Reichskabinett trat heute vormittag 11 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der zunächst die Vereidigung der Minister stattfand.

Nach der Vereidigung der neu hinzutretenden Mitglieder des Reichskabinetts durch den Reichskanzler trat das Kabinett in die erste Beratung der Regierungserklärung ein.

An den abwesenden Reichsminister Dr. Stresemann wurde seitens der Reichskanzlei mit Zustimmung des Reichskabinetts ein Begrüßungstelegramm gerichtet.

Dank des Reichspräsidenten an Dr. Marx und die scheidenden Reichsminister.

Berlin. (Funkpruch.) Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichskanzler Dr. Marx und den gleichfalls aus dem Amte scheidenden Reichsministern in herzlichem Schreiben seinen Dank für ihre Dienste ausgesprochen.

Der Wechsel der Reichsregierung.

Berlin. (Funkpruch.) Am 28. Juni nachmittag trat unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx das alte Reichskabinett zu seiner letzten Sitzung zusammen. Reichskanzler Marx sprach den Mitgliedern des Reichskabinetts insbesondere auch dem infolge Krankheit abwesenden Reichsminister Dr. Stresemann für ihre Mitarbeit seinen wärmsten Dank aus, der vom Reichsminister Bergl, den Stellvertreter des Reichskanzlers, zugleich im Namen der übrigen Reichsminister herzlich erwidert wurde.

Heute vormittag übernahm Reichskanzler Müller-Franken die Dienstgeschäfte im Reichskanzleramt, wo ihn der Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Pänder begrüßte und ihm die Beamten, Angestellten und Hausarbeiter der Reichskanzlei vorstellte.

Zur Lage.

Berlin. (Funkpruch.) Nach den anstrengenden Krisentagen haben bereits die meisten Abgeordneten schon am Donnerstag Berlin verlassen. Nur wenige Politiker fanden sich heute Freitag noch im Reichstag ein. Der neue Reichsarbeitsminister Wiffell hatte eine Konferenz mit seinem Staatssekretär Geip, von dem er sich über die wichtigsten Geschäfte seines Ministeriums unterrichten ließ. Die Fraktionen kommen erst in der nächsten Woche wieder zusammen und zwar die Deutschnationalen am Montag vormittag, das Zentrum am Dienstag vormittag, die Sozialdemokraten am Dienstag nachmittag und die Demokraten nach Schluß der ersten Plenarsitzung des Reichstages.

Am Dienstag um 1 Uhr tritt auch der Reichsamnestieausschuß im Reichstage zusammen. Die Reichstagsitzung, in der Reichskanzler Müller seine Regierungserklärung abgibt, beginnt am Dienstag um 8 Uhr.

Die Berliner Presse zu dem neuen Reichskabinett.

Zu der Bildung der neuen Reichsregierung schreibt die „Kreuzzeitung“: „Es hat lange genug gedauert, bis die verirrte Parteiwirtschaft auseinanderbrach. Wir sind in den Reinigungsprozess unseres politischen Lebens eingetreten und werden ihn überleben. Auf diesen Reinigungsprozess haben wir gewartet. Er wirkt auf die Staatsgrundlagen zurück. Die Sozialdemokraten haben ihre negative Aufgabe nunmehr zu erfüllen. Wir warten auf das Resultat.“

In der Deutschen Tageszeitung heißt es: „Die programmatische Erklärung der Regierung wird Gelegenheit geben, die Bedeutung dieses hoffentlich nur kurzen Provisoriums zu würdigen.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt: „Das Übergewicht der Sozialdemokratie, ihre Führung, ihre Verantwortung ist in erfreulicher Weise klargestellt. Nun soll die Sozialdemokratie zeigen, was sie kann. Wir wollen abwarten, ob der „Zwangvergleich“ zur Sanierung oder zum Kontraste führt.“

Die „Tägliche Rundschau“ spricht von einer Notlösung, deren Unzulänglichkeit nicht zu bezweifeln ist. Zunächst sei die Lösung insofern unzulänglich, als die sichere Koalitionsgrundlage fehlt. Man müsse sich nunmehr darauf verlassen, daß im Herbst nachgeholt werde, was diesmal veräußert worden sei. Die endgültige Lösung könne nur dann gefunden werden, wenn in Preußen die berechnete Forderung der Deutschen Volkspartei erfüllt werde. Unzulänglich sei die Lösung aber auch nach der Personenseite hin, und es sei anzunehmen, daß auch hier im Herbst eine Revision erfolgen werde.

Die „Germania“ veröffentlicht eine Aufschrift aus dem Fraktionskreis, in der gesagt wird: „Die Fraktion ist als solche an das Kabinett nicht gebunden. Für ihre Haltung zur Regierung im Konkreten wird die Regierungserklärung von entscheidender Bedeutung sein. Diese Lösung ist eine vorläufige. Der Charakter des Uebergangskabinetts ist auf die kürzeste Weise zum Ausdruck gebracht. Zum ersten Male von schwerer Verantwortung entbunden, ist ihr (der Deutschen Partei) die Freiheit gegeben, kritisch zu prüfen und andere tun.“

Die „Berliner Tageblatt“ fragt, ob die Regierung durch die Freiheit der Fraktionen nicht gefährdet sei, und gibt darauf die Antwort: „Sie ist es nicht, wenn man damit meint, daß einige Parteimitglieder sich nicht den endgültigen Inhaber gefunden haben. Sie ist es nicht, wenn man an die Gesamtsituation denkt, in der es markiert, an die ungeschriebenen Richtlinien, die der großen Koalition außerpolitisch wie innenpolitisch in der nächsten Woche, in die wir jetzt treten, gezogen sind.“

Der „Vorwärts“, der davon, daß die Regierung unter sozialdemokratischer Führung steht, erklärt: „Im großen ganzen hängt die Lebensfähigkeit des Kabinetts davon ab, daß die Zusammenarbeit der Führer in einer Zusammenarbeit der Parteien ihre Ergänzung findet. Für einzelne Vorlagen aber kann die Regierung trotzdem die Mehrheit nehmen, wo sie sie findet, und das kann unter Umständen auch ein Vorteil sein.“

Die „Neue Presse“ ruft zu Protestveranstaltungen gegen die Regierung der Trunks und den Klassenverrat der sozialdemokratischen Führer.

Die „Times“ zur Regierungsbildung.

London. (Funkpruch.) Zur Bildung des Reichskabinetts bemerkt der Berliner Times-Korrespondent: Die Mehrheit der Deutschen hat seit einiger Zeit erkannt, wie wichtig es ist, daß Dr. Stresemann das Ministerium des Inneren behält. Er hat stets die Unterwürigkeit der Parteien der Großen Koalition bei seiner auswärtigen Politik gehabt, selbst wenn sie nicht in der Regierung vertreten waren, und es war seit einiger Zeit vor dem Reichstagswahlen ein offenes Geheimnis, daß er von der mildesten Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen genug hatte und hoffte, die Wahlergebnisse würden ihm Kabinettskollegen aus den Parteien geben, die seiner Politik mehr Wohlwollen zeigen.

Aus dem Reichstag.

vb. Berlin. Die Vorsitzenden der Großen Ausschüsse des Reichstages sind jetzt von den zuständigen Fraktionen bestimmt worden. Danach wird Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Abg. Dr. Dreißheid (Zsp.), Vorsitzender des Haushaltsausschusses Abg. Geimann (Zsp.), Vorsitzender des Volkswirtschaftlichen Ausschusses Abgeordn. Simon-Franken (Zsp.), den Vorsitz des Steuerausschusses wird Dr. Oberfahren (Dl.) übernehmen, beauftragt wird der Posten des Vorsitzenden des Handelspolitischen und des Geschäftsordnungsausschusses durch deutschnationalen Abgeordnete besetzt werden, die in der nächsten Sitzung der deutschnationalen Fraktion gewählt werden. Den Vorsitz des Rechtsausschusses übernimmt Abg. Dr. Dahl (Dsp.). Der Vorsitzende des Bildungsausschusses wird von den Sozialdemokraten gestellt werden. Die kommunistische Fraktion hat für die beiden vorstehenden Posten der Reichstagsausschüsse, die ihr zugehen, den Abg. Böhm für den Wohnungsausschuß und den Abg. Torgler für den Beamtenaustausch bestimmt.